

## KCK-Eklärung zum ROJ-TV Verbot

# Nicht dem Staatsterror beugen

Mit einer scharfen Erklärung reagierte der KCK-Exekutivrat auf das Verbot des kurdischen Senders Roj TV durch die deutsche Regierung. "Das kurdische Volk wird das System von Assimilation und Versklavung, das ihm aufgedrängt werden soll, niemals akzeptieren und sich nicht dem Staatsterror und der Politik der Gewalt beugen." Weiter wird die deutsche Regierung dazu aufgerufen, von ihrer "feindlichen Politik gegen das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung" abzusehen. "Wir möchten schon jetzt feststellen, dass es die deutsche Regierung ist, die für alle entstehenden negativen Konsequenzen dieser Politik verantwortlich ist."

Weiter wird in der Erklärung aufgezeigt, dass die Bundesrepublik den türkischen Staat gemäß ihrer eigenen wirtschaftlichen und

politischen Interessen stets unterstützt habe. Gegen die legale demokratische Arbeit der in Deutsch-



land lebenden Kurdinnen und Kurden habe es ständige Angriffe gegeben, viele Menschen seien

verhaftet worden. "Alle Kurden sollten wissen, dass der deutsche Staat sich völlig mit der Vernichtungs- und Verleugnungspolitik des türkischen Staates identifiziert und die feindliche Linie gegen das kurdische Volk zu einer grundsätzlichen politischen Haltung geworden ist. Die westlichen Kräfte – allen voran Deutschland – behindern eine friedliche demokratische Lösung der kurdischen Frage ernsthaft. Wir rufen den deutschen Staat und die Merkel-Regierung dazu auf, von der feindlichen Politik gegen das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung abzusehen." Demokratische Kräfte sowie das gesamte kurdische Volk in Deutschland werden weiterhin in der Erklärung dazu aufgefordert, zu protestieren und eine solidarische Haltung einzunehmen. (ÖP, 27.6., ISKU)

## Brief von Günay Aslan an Innenminister Schäuble

[...] Ich lebe seit dem 10. Februar 1995 als politischer Immigrant in Köln. Ich bin 48 Jahre alt und vom Beruf Journalist und Schriftsteller. Ich war 1995 gezwungen aus der Türkei zu fliehen und ihn Ihrem Land Asyl zu beantragen. In der Türkei wurde ich aufgrund meiner Artikel, Kolumnen und Bücher als "Meinungstäter" mehrmals verurteilt.

[...] Das Asylgericht, das meine rechtliche Verfolgung in der Türkei untersuchte, räumte mir am 8 Juni 1995 Recht auf Asyl nach Paragraph 16 ein und ich erhielt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Auch in Deutschland setzte ich mein Tätigkeit als Journalist fort. Ich habe bei dem Fernsehsender MED TV, der mit großer Mühe und für einen hohen Preis des kurdischen Volkes geschaffen wurde vier Jahre lang als Moderator und Nachrichtenchef gearbeitet. Auch heute nehme ich zweimal im Monat an einer Diskussionssendung teil und versuche meine Gedanken über dem Sender ROJ-TV mit dem kurdischen Volk, dass großer Unterdrückung ausgesetzt ist, zu teilen.

Verehrter Herr Schäuble, diesen offenen Brief richte ich an Sie, weil Sie beschlossen haben ROJ-TV zu verbieten. Lassen sie

es mich gleich sagen: ROJ-TV ist die Stimme des kurdischen Volkes, die zum Schweigen gebracht werden soll, die verleugnete Identität und ausgebeutete kulturelle Werte des kurdischen Volkes, also es ist sein Herz und sein Gehirn. ROJ-TV ist die wirksamste visuelle Adresse für die Wahrung der Grundrechte und Freiheiten, allen voran der Pressefreiheit, die sie mit den Füßen treten. Es verfolgt das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens der Völker auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung. ROJ TV ist im gleichen Maße wie für die Kurden für alle anderen unterdrückten Völker, Kulturen, Religionen und Glaubensrichtungen ein Lufröhre, eine demokratische Plattform. Dies alles hätten Sie berücksichtigen müssen, als sie beschlossen ROJ-TV zu verbieten und den Demokratie- und Freiheitsbestrebungen der unterdrückten Völker mehr Respekt aufbringen müssen. Aber sie haben genau das Gegenteil gemacht: Sie haben versucht die demokratische Plattform der unterdrückten Völker, ROJ-TV für ihre ökonomischen Interessen zu verkaufen. Somit haben sie Deutschland einen Schandfleck eingebracht. Sie haben auf diese Weise die demokratischen Werte des deutschen Volkes sowie die universel-

len Freiheiten mit Füßen getreten. Weil Sie die Grundrechte, allen voran das Recht auf Informationserhalt eines verfolgten Volkes verletzt haben, verurteile und protestiere ich aufs Schärfste. Ich möchte auch hinzufügen, dass ich Ihre Begründung in dem Verbotsbeschluss ROJ-TV würde das friedliche Zusammenleben der Völker schaden, als äußerst absurd erachte.

Sehr geehrter Herr Minister, es ist offensichtlich, dass Sie die Sendungen von ROJ-TV gar nicht verfolgen und kennen. Wer sich den 45-seitigen Verbotsbeschluss ansieht wird, wird sofort erkennen, dass alle Anschuldigungen von dem türkischen Staat übernommen sind. [...] Für drei Cent machen Sie Zugeständnisse in der Frage der Demokratie, Menschenrechte und Freiheiten. Wegen Ihrer Interessen lassen sie sich für die Menschenrechtsvergehen des türkischen Staates instrumentalisieren und beteiligen sich daran. Herr Minister beharren Sie nicht auf dieser Haltung, stellen Sie sich nicht gegen den Ablauf der Geschichte. Greifen Sie nicht die Menschenrechte, Freiheiten, demokratische Werte und den Frieden an. [...] Mit freundlichen Grüßen (ÖP, 27., ISKU)

## Meldungen

### Zehntausende Ameder sagen "Verehrter Öcalan"

In Amed wurden am 23. Mai die Anträge "Wenn die Aussage "Verehrter Öcalan" bestraft wird, will auch ich bestraft werden" vom Gericht nicht angenommen. Jetzt werden unter der Führung der DTP, der Ameder Gewerkschaften, GOÇ-DER, TUHAD-FED, TUHAD-DER, dem Verein freier Bürger, dem Zentrum für Kunst und Kultur Dicle Firat, Selis und verschiedenen BürgermeisterInnen am 7. Juli in Amed zehntausende Anträge "Verehrter Öcalan" auf dem Postweg an des Gericht überstellt. Bisher so wurde gesagt wurden schon Tausende Anträge gesammelt. Am 7. Juli werden sie um 13.00 Uhr von 10.000 Menschen gemeinsam übergeben und versendet. Die Vorbereitungen für die Aktion dauern an. (DIHA, 3.7., ISKU)

### Guerillaktion an der Schwarzmeerküste

Am 30. Juni kam es in der Nähe der Stadtmitte von Gümüşhane zu einer Auseinandersetzung zwischen der türkischen Armee und den Guerillakräften HPG, wobei nach Informationen der HPG drei Soldaten ums Leben kamen, vier weitere wurden verletzt.

In der Folge besetzte die türkische Armee die Stadtmitte von Gümüşhane und startete eine Operation in den umliegenden Dörfern.

Am 29. Juni hatten die YJA-STAR Kräfte eine Aktion gegen eine Kaserne in Sirmak/Uludere durchgeführt, wobei fünf Soldaten ums Leben kamen und zahlreiche verletzt wurden.

Am selben Tag gegen Mittag bombardierte die türkische Armee die Dörfer Mergesise, Deresise und Kestrok in der Region Haftanin, und setzten dabei die Gegend in Brand.

Am 27. Juni wurde ein Konvoi der türkischen Armee in der Kümbet Ebene von Dereli/Giresun von den HPG Kräften in einen Hinterhalt gelockt, wobei zwei Soldaten ums Leben kamen und weitere verletzt wurden.

(hpg, 27./30.6., 2.7., ISKU)

### Nach 27 Jahren droht Abschiebung

Wegen angeblicher Verstöße gegen das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) soll ein seit 27 Jahren in Deutschland lebender vierfacher Familienvater aus München in die Türkei abgeschoben werden. Mahmut Yilmaz' letzte Hoffnung sind eine Verfassungsklage in Karlsruhe und ein Asylantrag. Ein Auseinanderreißen der Familie sieht das

# Folter nimmt wieder zu

Als die AKP in der Türkei an die Regierung kam, gab sie die Richtlinie "Null Toleranz für Folter" aus. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass türkische Polizisten immer noch regelmäßig Menschen foltern und misshandeln. In der Bevölkerung stoßen die Praktiken auf breite Akzeptanz, den Klagen von Opfern wird kaum nachgegangen.

"Null Toleranz für Folter" lautet die Richtlinie, und der Erfolg ist messbar – im Jahr 2000 sagten nach Angaben der türkischen Stiftung für Menschenrechte mehr als 1000 Menschen, dass sie von Sicherheitskräften gefoltert oder misshandelt worden seien. Fünf Jahre später waren es nur noch 193. Es wurden Gesetze geändert, um die bis dahin faktische Straffreiheit für Folterer abzuschaffen.

So weit, so gut, aber leider ist die Tendenz in letzter Zeit wieder umgekehrt. Grund ist vermutlich der wieder aufgeflamte Konflikt mit der kurdischen PKK im Südosten des Landes; es gibt bedeutend mehr Festnahmen wegen Terrorismus-Verdacht und seit einem Jahr auch immer häufiger Verhaftungen wegen Verdachts auf Zugehörigkeit zu islamischen Terroror-

ganisationen wie al-Qaida oder Hisbollah. Auch die Gesetzgebung hat sich wieder verhärtet, mit neuen Bestimmungen seit 2007, die der Polizei weiten Spielraum geben.

Und so mehren sich die Anzeichen dafür, dass auch Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam wieder zunehmen - 2007 gaben mehr als 300 Menschen an, von Sicherheitskräften misshandelt worden zu sein. Im laufenden Jahr (112 Fälle in den ersten fünf Monaten) ist bislang keine weitere Steigerung zu verzeichnen, aber auch kein deutlicher Rückgang.

Nicht alles ist jedoch mit der Terrorgefahr zu erklären. Zu "Misshandlung" zählt auch das übereifrige Knüppelschwingen und Treten wild gewordener Polizisten gegen Demonstranten, zuletzt auf der Kundgebung zum 1. Mai in Istanbul. Eine Umfrage ergab vor kurzem, dass auch die Akzeptanz von Folter gegen Terroristen in der Türkei innerhalb von nur zwei Jahren dramatisch gewachsen ist – mehr als die Hälfte der Befragten fanden Folter angemessen, um lebensrettende Informationen im Polizeiverhör von Terroristen herauszupressen. Es ist durchaus denkbar, dass die wachsende Tole-

ranz für Folter im Volk auch bei Polizisten, Staatsanwälten und Richtern ihren Niederschlag findet – mit dem Ergebnis, dass wieder mehr Gewalt angewendet wird, und dass man Klagen der Opfer nicht wirksam nachgeht.

Soweit es noch zu Misshandlungen kommt, haben sie sich "dank" der Reformen tendenziell verlagert – nicht mehr vorwiegend in offiziellem Polizeigewahrsam kommt es zu Übergriffen, sondern nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen im Vorfeld, bei der Festnahme, bei Demonstrationen, oder bei Polizeiaktionen die zu keiner Festnahme führen.

Ein Sprecher der Menschenrechtsabteilung im türkischen Ministerpräsidentenamt sagte, die große Zahl von Festnahmen ohne nachweisbare Straftat sei ein klares Indiz dafür, dass das Justizsystem einer grundlegenden Reform bedarf. Die Regierung selbst betrachtet sich als prominentestes Opfer einer türkischen Willkürjustiz – die Regierungspartei muss sich derzeit vor dem Verfassungsgericht verantworten, in einem Verfahren, in dem ihr die Schließung wegen "antisäkularer Aktivitäten" droht. (DW, 27.6., ISKU)

## Türkei – Machtkampf eskaliert

In der Türkei hat die Festnahme namhafter Regierungsgegner im Zusammenhang mit dem Verbotsprozess gegen die Partei von Regierungschef Erdogan die politischen Spannungen eskalieren lassen. 22 Personen waren unter dem Verdacht festgenommen worden, Putschpläne gegen die Regierung unterstützt zu haben.

Generalstaatsanwalt Abdrurrahman Yalcinkaya betrat das Gebäude des Verfassungsgerichtes durch den Hintereingang, um dem Pulk der Journalisten zu entgehen. Seine Mission für diesen Tag war es, die islamisch orientierte Regierungspartei AKP einen Schritt näher an den Tod heranzuführen; er hielt ein Plädoyer im Verbotsverfahren gegen die Partei, ein Prozess, den er selbst initiiert hatte. Sein Argument: Die Partei ist islamisch, denkt islamisch, handelt islamisch, das ist in der säkularen Republik Türkei verboten.

Zur selben Zeit stürmten Polizisten durch den Vordereingang Dutzender Büros und Wohnungen in Ankara und Istanbul, drangen in Militärkomplexe ein und verhafteten 22 Männer, denen offenbar vorgeworfen wird, einen Militärputsch gegen die Regierung zu planen. Seit dem Frühjahr laufen Ermittlungen gegen eine rechtsextreme Terror-Organisation namens "Ergenekon"; erstmals nun wurden auch zwei Ex-Generale in diesem Zusammenhang verhaftet, und damit das Militär als Institution in den Verdacht gebracht, mit einer Terrororganisation zusammenzuarbeiten.

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, gegen den der General-

staatsanwalt ein Politikverbot erreichen will, zeigte sich sichtlich zufrieden mit dem großen Schlag der Polizei. Nun werde man endlich "Licht in die Dunkelheit bringen" sagte er. Was aber ist Fakt und was ist Fiktion? Ist das türkische Militär eine Terrororganisation? Plant es einen Coup?

Dass die Militärs die AKP loswerden wollen, das ist klar genug, und es stimmt auch, dass das Militär Einfluss in der Gesellschaft ausüben will, um die Politik zu prägen. Aber der Fall Ergenekon ist eine Terrorermittlung, die von der Regierung mit höchster Priorität betrieben wird. Aus Sicherheitskreisen ist zu hören, dass auf Befehl des Innenministeriums sowie Ressourcen in die Ergenekon-Ermittlungen gelenkt werden, dass kaum genügend die Mittel und Personal bleiben, um wirkungsvoll gegen islamische Terrorgruppen vorzugehen.

Eine Verbindung der Militärs zur Ergenekon-Gruppe würde also bedeuten, dass die türkische Armee in terroristische Aktivitäten verwickelt ist. Das ist eine ganz andere Dimension als bisher im Machtkampf zwischen dem islamischen Lager und den alten kemalistischen Eliten. Die Ermittlungen gegen Ergenekon laufen seit rund einem Jahr, Hauptangeklagter ist ein pensionierter Gendarmerie-General namens Veli Küçük. Ihn verdächtigt man auch, in den Mord an dem türkisch-armenischen Publizisten Hrant Dink vor anderthalb Jahren verwickelt gewesen zu sein. Es gibt bislang noch keine Anklage.

Die Beweislage scheint unteroptimal, hingegen ist klar, dass Erge-

nekon eine Organisation ungeklärter Dilettanten war. "Eine Terrororganisation, die vom Generalstab betrieben würde, würde weniger dumm aussehen, professioneller arbeiten", meint Jenkins. Küçük trat oft bei sicherheitspolitischen Konferenzen und sonstigen Anlässen öffentlich auf, insofern ist es wahrscheinlich, dass hohe Militärs und auch die nun Verhafteten ihn persönlich kannten und vielleicht das eine oder andere von seinen Aktivitäten wußten.

Denkbar ist es freilich durchaus, dass Teile des Militärs radikale Pläne schmiedeten, um gegen die Regierung vorzugehen. Es gibt gar Gerüchte über Vorschläge im Offizierskorps, Erdogan zu ermorden – was der Generalstab aber als Unsinn und "undemokratisch" abgewürgt habe.

Was auch immer passiert, der Machtkampf zwischen islamischen und kemalistischen Eliten wird diesen Sommer über zwei spektakuläre Prozesse ausgetragen werden – auf der einen Seite das Schließungsverfahren gegen die AKP, auf der anderen der Fall Ergenekon. In beiden Verfahren wird es auch um das persönliche Schicksal führender Vertreter der beiden Lager gehen, also prominenter Militärs und AKPlers. Wenn keine Seite stark genug ist, die andere zu vernichten, dann ist am Ende doch noch ein Kompromiß denkbar – kein Parteiverbot, oder kein Politikverbot für Erdogan, und keine weiteren Enthüllungen über die Machenschaften immer prominenterer Militärs.

(DW, 2.7., ISKU)

Gericht nicht als gravierend an. Die in Deutschland geborenen 16jährigen Zwillinge seien "alt genug", um eine Trennung von ihrem Vater "ohne größere Schäden" hinzunehmen.

Dass sich kämpfen lohnt, zeigt der Fall des nach Folter und Haft aus Istanbul nach München geflohenen Umut Dag. Aufgrund seiner drohenden Abschiebung hatte sich der junge Kurde bei der "Aktion Flüchtlinge" engagiert. Inzwischen konnte er sein Asylverfahren erfolgreich beenden. Demo Samstag, 13 Uhr vom Stachus nach Odeonsplatz, München. carava.net (jW, 28.6., ISKU)

### Quellen:

ANF Firat  
Nachrichtenagentur  
ÖP Özgür Politika  
jW junge Welt  
DW Die Welt

### Termine

**Protest vor Innenministerium NRW gegen ROJ TV Verbot**  
YEK-KOM, die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland ruft zu einer Protestkundgebung vor dem NRW Innenministerium am 3. Juli von 11.00 Uhr bis 15.00 Uhr auf

Demonstration in Hamburg  
Samstag, 5.7. 15.00 Uhr Hachmannplatz HBF  
Mahnwachen vor dem Innenministerium Berlin  
Donnerstag und Freitag, den 3. und 4.7. jeweils von 16 bis 19 Uhr  
Mahnwache vor dem Bundesinnenministerium (Alt-Moabit 101 D, U-Turmstr.)

**Demo zum Knast am 10.Juli**  
Am 10. Juli veranstaltet das Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin zusammen mit Solidaritätsgruppierungen für politische Gefangene eine Demonstration unter dem Motto: "Der staatlichen Repression entgegenreten! Schluss mit der Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Weg mit §§ 129, 129a und 129b!"  
18.30 Hauptbahnhof Berlin über die JVA Plötzensee zur JVA Moabit.

### N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg**  
Tel.: 040 - 421 02 845  
E-mail: [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org)  
bestellt werden.  
Spenden auf unser Konto:  
Postbank Köln, BLZ 37010050  
Konto-Nr.: 3968-506  
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

[www.isku.org](http://www.isku.org)